

DGB Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Per Mail: europaausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4950

**Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen
2024-2029 Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Drucksache 20/2964**

25. Juni 2025

Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa Alternativantrag der Fraktionen von SPD und SSW – Drucksache 20/2988

Laura Pooth
Vorsitzende
Bezirk Nord

Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche Alternativantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 20/2991

Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Bezirk Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Telefon: 040 6077661-25

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

laura.pooth@dgb.de
www.nord.dgb.de

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den oben genannten Drucksachen. Diese Möglichkeit nehmen wir gerne wahr.

Die neue Amtszeit der EU-Institutionen beginnt in einer Phase der Unsicherheit. Der fortwährende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, weltwirtschaftliche Turbulenzen, Demokratiedefizite in den Mitgliedstaaten, soziale Spaltungen und Rechtsextremismus bringen die Grundwerte der europäischen Union in Gefahr. Sie stärken nationalistische Tendenzen und erschweren zunehmend ein gemeinschaftliches Vorgehen. Deshalb ist es wichtig, dass die EU einiger und handlungsfähiger wird, um adäquat auf innere und äußere Herausforderungen antworten zu können.

Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist die Absicherung der Beschäftigten und ihrer Interessen maßgeblich für eine erfolgreiche Europäische Union. Arbeitnehmer*innen sind das Fundament der europäischen Wirtschaft und ihre Fähigkeiten der größte Vorteil im weltweiten ökonomischen Wettbewerb. Darum fordern wir eine aktive Transformationspolitik, die mit resilienten Wertschöpfungsketten strategische Handlungsfähigkeit erlangt sowie Gute Arbeit und nachhaltigen Wohlstand sichert. Wir fordern eine europäische Wirtschaftspolitik, die nachhaltiges Wachstum gewährleistet und wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Die Europäische Union muss krisenfest werden, damit sie ihre Bürger*innen vor Arbeitslosigkeit und Armut schützt und ihnen

Perspektiven bietet. Arbeit muss fair entlohnt sein, und die Arbeitsbedingungen müssen für alle sicher und dem Leben zuträglich sein.

Das gelingt nur, wenn Arbeitnehmer*innen überall in Europa in den Unternehmen und Betrieben bei den Entscheidungen über ihre Arbeitsbedingungen mitentscheiden können und wenn das Ungleichgewicht, das in Europa zugunsten der wirtschaftlichen Freiheiten und zu Lasten der Arbeitnehmerrechte besteht, beseitigt wird. Die Mitbestimmungsrechte müssen deshalb europaweit gestärkt werden. Das Land Schleswig-Holstein kann durch die auskömmliche und langfristige Finanzierung der Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte von EU-Bürger*innen und zum Schutz vor Ausbeutung leisten.

Die Strukturpolitik der EU muss stärker auf die Herausforderungen der Transformation ausgerichtet werden. Eine proaktive Strukturpolitik muss die Transformation dort gestalten, wo sie stattfindet, nämlich in den Regionen, und beginnen, bevor der Strukturwandel zu Strukturbrüchen führt. Strukturschwache Regionen müssen Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung finden. Wirtschaftliche und soziale Aufwärtskonvergenz ist das gemeinsame Ziel der EU. In den Grenzübereichen muss der Strukturwandel grenzüberschreitend gestaltet werden, um eine ausgewogene Entwicklung der Lebens-, Arbeits-, Bildungs- und Sozialräume zu gewährleisten. Der Ausbau qualitativ hochwertiger Angebote und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist dabei von zentraler Bedeutung – nicht nur für die Attraktivität und Anbindung ländlicher Räume, sondern auch als Standortfaktor für die Ansiedlung wirtschaftlicher Akteure. Unumgänglich sind starke Beschäftigten- und Gewerkschaftsrechte, denn zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen der Europäischen Kommission zeigen, dass dort, wo die Beteiligung gut funktioniert, die europäischen Mittel nachhaltiger eingesetzt werden als anderswo. Mitbestimmung ist Garant für Effizienz und Effektivität.

Ein mögliches neues EU-Investitionsinstrument darf nicht zu Lasten der Kohäsionspolitik und der ihr zur Verfügung stehenden Finanzmittel gehen, sondern muss diese sinnvoll ergänzen. In diesem Zusammenhang ist auch die vom DGB eingebrachte Forderung nach einem schuldenfinanzierten EU-Zukunftsfonds eine sinnvolle und notwendige Maßnahme (https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/2024-05-30_Position_EU-Zukunftsfonds.pdf).

Die aus unserer Sicht wichtigsten Punkte einer zukunftsfähigen und arbeitnehmerorientierten Europapolitik sind:

1. Durch die aktive Gestaltung der Transformation Gute Arbeit und nachhaltigen Wohlstand sichern
2. Durch nachhaltige Wertschöpfungsketten eine resiliente Produktion gewährleisten
3. Durch eine nachhaltige Wirtschaftspolitik qualitatives Wachstum sichern

4. Durch eine solide regionale Strukturpolitik notwendige Zukunftsinvestitionen ermöglichen – Strukturfondsmittel erhöhen
5. Durch robuste Sozialsysteme, hohe Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen Beschäftigte absichern
6. Durch angemessene Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten Fachkräfte gewinnen
7. Durch faire Arbeitsbedingungen grenzüberschreitende Beschäftigte schützen
8. Durch starke Mitbestimmungsrechte Beschäftigte europaweit einbinden, das Partnerschaftsprinzip stärken und auf alle Fonds ausdehnen, Kapazitätsaufbau zur Begleitung und Umsetzung der Europäischen Mittel bei Organisationen der Zivilgesellschaft in allen Bundesländern etablieren
9. Durch ein soziales europäisches Regelwerk die Rechte von Beschäftigten stärken, insbesondere, indem die Vergabe öffentlicher Mittel an die Einhaltung von Bedingungen Guter Arbeit gebunden werden (u. a. Tarifbindung, Mitbestimmung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Vereinbarkeitsregelungen, Standortentwicklung, Beschäftigungssicherung und Qualifizierungsstrategien)

Darüber hinaus verweisen wir zu den Drucksachen 20/2964 (Antrag der CDU und den Grünen) sowie 20/2988 (Antrag der SPD und des SSW) auf die Stellungnahmen des DGB Bundesvorstands zu Zukunft der Kohäsionspolitik Kohäsionspolitik (https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/2025-04-30_Positionspapier_Zukunft_Koh%C3%A4sionspolitik.pdf, https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/2024-09-16_Positionspapier_Zukunft_Koh%C3%A4sionspolitik_final.pdf), der Stellungnahme zum Gleichwertigkeitsbericht (https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/2024-09-09_STN_Gleichwertigkeitsbericht_final.pdf), unsere Positionen zu einer Europäischen Industriepolitik (https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/DGB-Positionspapier_Europ%C3%A4ische_Industriepolitik_final.pdf) und unsere Positionen zur Stärkung des ländlichen Raumes (https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/DGB_8-Punkte-zur-Staerkung-laendlicher-Raeume.pdf).

Zur Drucksache 20/2991 (Antrag der FDP) siehe die Stellungnahmen des DGB Bundesvorstands https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/DGB-Stellungnahme_Omnibus_I_II.pdf und https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/2025-02-10_DGB_StgN_Geld_gegen_Reformen_verhindern_-_politische_Steuerung_verbessern.pdf

Mit freundlichen Grüßen

gez. Laura Pooth